

demokraten die Machtkellung des Zentrums endlich auch einmal in Baden schieben zu lassen. Die neue Zentrumsführung wählte ja nur zu gut, wie sehr die Sozialdemokratie durch den Verlust ihres preußischen Herrschaftsberichts auf die Freundschaft des Zentrums, wenigstens in Baden, angewiesen war. Deshalb hielt sie es zunächst nicht einmal für notwendig, die sozialdemokratischen Minister nach dem Konfordsplan zu unterrichten. Vielmehr unterzeichnete der dem Zentrum angehörige Unterrichtsminister den Konfordsplan in aller Heimlichkeit, zusammen mit dem Kardinalstaatssekretär Paellin in einem badischen Kloster. Trotzdem erlaubten auf einem noch nicht aufklärten Wege die Demokraten von der Angelegenheit. Ihnen erschien die Stunde günstig, sich für den Antritt der badischen Regierung zu rächen. Sie veröffentlichten die Unterzeichnung samt dem unsterblichen Verbleibungsstand und versuchten, die Sozialdemokratie nach Baden gegen das Konfordsplan aufzuklären. Nun war es nicht das erste Mal, daß die Sozialdemokratie, entgegen ihren eigenen Grundrissen, lediglich um ihre Machtposition nicht zu gefährden, Konfordsplan in anderen deutschen Ländern annehmen hätte. Am bezeichnendsten dafür war der Abschluß des preußischen Konfordsplans durch die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun in höchstgelegener Verlehn. Auch die sozialdemokratische Bundtagsfraktion war bei Bekanntwerden des Konfordsplans durchsichtig bereit, sie anzunehmen. Ihre einzige Erwägung war, nur nicht um dieser Sache willen die bisher so herrliche Eintracht in Baden zu gefährden und die Sozialdemokratie ihres letzten Reiches von Einfluß auf das politische Leben zu berauben. Aber die Bundtagsfraktion hatte anscheinend ein bißchen den Zusammenhang mit ihren Anhängern im Lande verloren. Bekanntlich hat sich die Partei durch die proletarische Einheitsfrontparole Ebes und durch ihre dauernden starken Verluste an die Kommunisten stark radikalisiert, die „staatspolitische“ Richtung der Braun, Seering und Remmele ist dem Radikalismus zum Opfer gefallen. In Baden vollzog sich nun innerhalb der Partei ein heftiger Meinungskampf. Es dauerte nicht lange, so hatte die radikale sogenannte „Mannheimer Richtung“ die Oberhand. Die ganze Partei war gespalten und bot ein ähnliches Bild, wie seinerzeit die SPD. Scharf bei der Trennung der Altsozialisten. Schließlich gelangten die Radikalen in den Besitz des gesamten Presseapparates und forderten offen das Ausscheiden der SPD aus der badischen Koalition. Bezeichnenderweise blieb dem sozialdemokratischen Anwärter auf das Innenministerium, Dr. Krauß, nichts anderes übrig, als, ausgerechnet im badischen Staatsanzeiger, dem offiziellen Regierungsorgan, die Haltung der gemäßigten Sozialdemokraten, der sogenannten „Karlsruher Richtung“, zu verteidigen. Seine Ausführungen sind bemerkenswert offen. Er schreibt u. a.: „Es wäre ein Verbrechen, das sich an der Arbeiterschaft bitter rächen würde, wenn wir jetzt wegen des Konfordsplans die badische Regierungskoalition sprengen und damit den Nationalsozialisten und der Rechtsregierung auch in Baden den Boden bereiten würden!“

Krauß wurde sofort heftig von der sozialdemokratischen Presse angegriffen und ihm deutlich zu verstehen gegeben, daß es mit seinen Hoffnungen auf das Innenministerium

nun endgültig vorbei sei. Die Einheitsfrontparole konnte nur durch einen schleunigst eintretenden außerordentlichen Parteitag gerettet werden. Nach stürmischen Verhandlungen beschloßen die Radikalen die Mehrheit; sie nahmen eine Entschließung an, die die Fraktion zwingt, gegen das Konfordsplan zu stimmen. Die Fraktion beschloß sofort, zumal bereits Ausschlußanträge gegen ihre sämtlichen Mitglieder gestellt waren, ihre völlige Unterwerfung durch eine demütigende Erklärung zu befunden, in der es bezeichnenderweise heißt: „Der Landesparteitag hat gegen die Auffassung der Mehrheit der Fraktion entschieden. Die konterrevolutionäre Situation Deutschlands erfordert die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse und damit auch die enge Verbundenheit in der SPD. Dilemma Gebot sagt sich die gesamte Landtagsfraktion.“

Diese Beschlüsse hatten das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung zur Folge, nachdem das Zentrum mit unerschütterlicher Ruhe erklärt hat, sich durch die Sozialdemokratie, die wider „Treu und Glauben in der Politik“ gehandelt habe, nicht beirren zu lassen. Das Zentrum hat sein Ziel unterdessen allerdings nur mit Mühe und Not erreicht. Mit 44 gegen 44 Stimmen wurde das Konfordsplan durch die ausschlaggebende Stimme des Land-

tagspräsidenten Duffner, der dem Zentrum angehört, in erster Lesung angenommen. Für das Konfordsplan stimmten das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, dagegen auf der Rechten die Deutsche Nationalen, die Nationalsozialisten und der Sozialistische Volksklub, sowie auf der Linken die Sozialisten und die Demokraten. Das Zentrum aber hat seinem nackten Interessenstandpunkt wieder einmal einen Koalitionsgenossen mehr geopfert. Wertwärtig nimmt sich nur aus, wenn angerechnet das Zentrum von Treu und Glauben und politischer Moral spricht. Selber wird es, da eine Bundtagsauflösung nach der badischen Verfassung unmöglich ist, bis zu den Neuwahlen im Herbst 1933 die Regierung geschäftsführend nunmehr weiterführen. Wichtig aber sind zwei Erkenntnisse: Die Sozialdemokratie ist heute durch ihre inneren Querungen und durch ihre Radikalisierung nicht einmal mehr in der Lage, ihre letzten Machtpositionen zu behaupten. Das Zentrum seinerseits aber legt Wert darauf, der Öffentlichkeit auf einem Musterbeispiel recht gründlich vor Augen zu führen, wie Krupplos es seine egoistischen Ziele verfolgt. Die nationalen Parteien werden aus dem Ende der Schwarz-roten Freundschaft in Baden erneut erkennen, welche Vorsicht gegenüber dem Zentrum geboten ist.

Viermächtekonferenz in Genf

England pessimistisch

Genf, 3. Dez. Nachdem nunmehr der französische Ministerpräsident Herriot in Genf eingetroffen ist, soll heute nachmittag eine offizielle Zusammenkunft der vier jetzt in Genf weilenden Hauptdelegationen der Großmächte stattfinden. Es sollen vor allem Flottenfragen erörtert werden.

Aus Paris wird dazu gemeldet: Das „Journal“ vertritt den Standpunkt, Herriot habe sich nach Genf begeben, um Macdonald eine Freude zu machen, da der englische Premierminister dort die großen laufenden Fragen behandeln wolle. Vertinaux steht im „Echo de Paris“ dem englischen Premierminister eine schlechte Jenfur in der Schuldenfrage aus. In Paris, meint er, habe man in den letzten Tagen den Eindruck, daß die Anwendung des Gentlemen-Agreements Schwierigkeiten mache, so daß der französische Ministerpräsident gerungen sei, seinen Londoner Kollegen um Klärung über gewisse Punkte zu bitten. — Das „Milieu du jour“, von dem „Echo de Paris“ spricht, ist augenscheinlich dadurch enttäuscht.

Daß England im Gegensatz zu Frankreich nicht glaubt, daß durch eine Annulierung der Lausanner Abkommen das Rad der Geschichte zurückgedreht werden könne.

Eine Genfer Kavonmeldung erklärt, daß die Vorbesprechung Paul Boncourc über die Abrüstungsfrage und die damit zusammenhängenden Beschlüsse des französischen Kabinettsrats zu der Annahme berechtigten, daß alle Vorsichts-

maßnahmen gegen eine Schädigung der französischen Interessen getroffen seien.

Die Aussichten der Viermächtebesprechungen in Genf werden in London mit einer gewissen Besorgnis beurteilt. Vertinaux sagt im „Daily Telegraph“, daß er die folgenden Andeutungen machen könne:

1. Wenn Herriot keine Haltung nicht ändere, so werde voraussichtlich keine Einigung über die deutsche Gleichberechtigungserklärung erzielt werden.
2. Man könne höchstens erreichen, daß die Abrüstungsentscheidung vom 28. Juli bestätigt und etwas erweitert werde.
3. Die Flottenverhandlungen zwischen Italien und Frankreich seien zum Stillstand gekommen, und weitere Fortschritte seien unwahrscheinlich.

Falls keine Vereinbarung über die deutsche Gleichberechtigungserklärung auslande komme, werde wahrscheinlich, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ausführt, die Arbeit der Abrüstungskonferenz möglichst bald abgeschlossen werden.

Die Konferenz werde sich auf unbestimmte Zeit verlagern nach Aufstellung eines Rahmenentwurfs für das Mindestmaß der qualitativen Abrüstungen. Die Konferenz werde ab dann in der Form eines technischen Ausschusses weiterbestehen bleiben. Macdonald werde bis zur endgültigen Entscheidung über die Rückkehr Deutschlands in Genf bleiben. Bisher sei noch keine Aussicht dafür vorhanden, daß Frankreich den deutschen Forderungen zustimmen werde.

Das angebliche Attentat auf Herriot

Pariser Stimmen gegen die haltlose Beschuldigung Koerbers

Originalbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 3. Dez. Wie wir seinerzeit mitgeteilt hatten, wurde der deutsche Journalist Koerber, der in den „Dresdner Nachrichten“ in zahlreichen Artikeln zu dem Problem der französischen Politik in offener, der Pariser Regierung anscheinend unbequemer Weise Stellung nahm, von der französischen Regierung mit der inzwischen als völlig unsinnig erwiehenen Behauptung ausgewiesen, er habe einen Eisenbahnanschlag auf Herriot, hinter dem angeblich bretonische Kreise steckten, durch finanzielle Zuwendungen unterstützt. Wie wenig selbst die französische öffentliche Meinung diese inzwischen völlig zusammengebrochene Beschuldigung ernst nimmt, geht aus den folgenden, aus den verschiedensten Parteilagern kommenden Pariser Presseäußerungen hervor. So schreibt die „Humanité“, daß kein vernünftiger Mensch der romantischen Geschichte des Attentats den geringsten Glauben schenke. Es sei sowohl läge wie auch Unsinn, daß die Urheber des verbrecherischen Aktes autonomistische Bretonen und insbesondere der deutsche Journalist Koerber seien.

Ueber die Angeklagten von dem Attentat von Rennes (Sprengung des Bretonendenkmals in Rennes am 7. August), zu denen Koerber staatsgefährliche Beziehungen unterhalten haben soll, schreibt der „Matin“ vom 2. November in einem Bericht aus Rennes: „Im Laufe einer mühevollen und bewegten Untersuchung wurden sechs junge Leute (von denen Koerber zwei kannte) durch die Polizei von Rennes beschuldigt, infolge von Verbindungen, die man von einem krankhaften Wesen erhalten haben wollte, Verbindungen, die dermaßen fragwürdig waren, daß kurze Zeit darauf zwei Polizeikommissare, darunter der Chef der Sicherheitspolizei in Linnabe stelen. Denn sie haben an alles gedacht, nur nicht an eine Hauptfrage, das Alibi der sechs jungen Leute nachzuweisen. In der Folge wurde der Beweis erbracht, daß diese jungen Leute den Schalk der Unschuld schliefen in dem Augenblick, wo das Denkmal in die Luft ging. Angesichts solch schlüssiger Ergebnisse hat der Untersuchungsrichter Ricard (derselbe, der Herr Koerber am 22. September als Zeugen verhörte) schleunigst die sechs Angeklagten vorläufig wieder in Freiheit setzen müssen, und jetzt scheint es sicher, daß gegen alle sechs zusammen in kurzer Zeit Einstellung des ganzen Verfahrens erklärt werden wird. Alle Welt scheint darüber einig, und der Präsekt von Rennes, Monsieur

Dobomand, hat uns heute früh versichert, man habe sich getäuscht, man müsse anderswo die Schuldigen suchen.“

Schließlich schreibt die Pariser Wochenzeitschrift „Ronde“ in ihrer Nummer vom 2. November auf Seite 11 unter der Ueberschrift: „Noch ein autonomistisches Attentat.“ „Die Irrtümer“ von Herrn Herriot: „Der Herriot ist der Einzige, der so tut, als ob das ernst zu nehmen wäre. Er hat die Gelegenheit benützt, um vor der Presse einen Rosentanz von ungenauen Behauptungen und von lächerlichen Enthüllungen loszulassen, die uns genügt über ihn aufzuklären. Wir sind (im Original gesprochen) in der Lage, die Dinge richtig zu stellen und einige kleine pikante Enthüllungen gegen die gewagten Behauptungen des Ministerpräsidenten vorzubringen. Herriot hat den Journalisten gegenüber behauptet, daß in der Affäre von Rennes die Angeklagten erklärt hätten, das Geld für ihre Propaganda von einem gewissen Arbeiter, einem notorischen deutschen Nationalisten, erhalten zu haben.“ Das ist falsch. Es ist festgestellt worden, daß Koerber der Agent von niemand war und daß er sich darauf beschränkte, seinen Verant als Journalist auszuüben, und nichts wünschte, als friedlich in Paris zu leben, fern von jeder politischen Intrigue. Das alles hat nicht gehindert, daß er trotzdem ausgewiesen wurde, und daß er plötzlich der schwarzen Pläne einer Bewegung gegenüber angeklagt wird, von der er ebenso wie alle Welt nichts wußte, als daß sie überhaupt so gut wie nicht existiert.“

Den „Matin“, dessen gute Beziehungen zur Regierung bekannt sind, und noch viel weniger die kommunistische „Humanité“ oder die linkssozialistische Revue „Ronde“, wird irgend jemand besonderer Paineigung zu dem als nationalitätlicher Berichtshalter vertriebenen deutschen Journalisten Koerber verdächtigen wollen. Aber trotz dieser öffentlichen Meinungen in Paris, und trotz der wiederholten Schritte der deutschen Politik im französischen Außenministerium, trotz auch der Bemerkungen der deutschen und ausländischen Presseverbände in Paris, hat es die französische Regierung bisher nicht für nötig befunden, die ehrenrührigen Erklärungen des Ministerpräsidenten, die den gerichtlich festgestellten Tatsachen im Widerspruch stehen, und die Androhungsborder gegen Koerber zurückzunehmen.

Englands Absichten in Genf

Genf, 3. Dez. Ueber die Auffassung Macdonalds von den bevorstehenden Abrüstungsbesprechungen verläutet aus englischen Kreisen, die Hauptrolle des Premierministers sei es, im Interesse der europäischen Solidarität die Abkehr von der aus der Versäuerung beherrschten relativ kurzen Zeit eine Regelung gefunden werde, so könne nach Weihnachten der Hauptausfluß der Abrüstungskonferenz aufzutreten und einen Vertrags- oder Entschließungsentwurf auszuarbeiten, der dem Völkerbundrat in seiner Matlung unterbreitet werden könnte. Material verlor man auf englischer Seite im Augenblick kein festes Programm.

Macdonald hatte heute vormittag eine Unterredung mit Herriot. Aus Kreisen der französischen Delegation verläutet, daß Herriot am Nachmittag nach Paris zurückzukehren gedenke.

Die größte Salpeter Deuschlands eingeweiht

Saalburg, 2. Dez. In Anwesenheit von preussischen, sächsischen und sächsischen Behördenvertretern, sowie des Ministerialdirektors Dr. Gehrs als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums wurde am Freitag die riesige Salpeter im reussischen Oberland bei Saalburg in tieferen Lagen eingeweiht. Die Salpeter ist in siebenjähriger Bauzeit entstanden und stellt mit ihren zahlreichen Nebenanlagen die größte Salpeter Deuschlands dar. Sie steht Saalewalder zum Zweck der Kraftstromerzeugung und zum Hochwasserschutz. Gleichseitig ist sie in Verbindung mit der geplanten Sperre bei Hohenwarte ein Sammelbecken für die Wasser-Verordnung des Mittelaltals. Der Stauder hat eine Länge von 28 und eine Breite von 2 Kilometern. Die Sperrmauer ist 65 Meter hoch, etwa 700 Menschen und 20 industrielle Unternehmungen mühten ungelöst werden. Der Vorabend des Aufbaues, Ministerialdirektor Prof. Rauch, wies bei der kurzen eindrucksvollen W e h e l e t darauf hin, daß in schwerer Zeit ein volkswirtschaftliches Fieberwörter entstanden sei, das nicht nur für Mitteldeutschland, sondern für Deutschland überhaupt einig in seiner Art dastehe und alle ähnlichen Anlagen an Umfang und Leistungsfähigkeit beträchtlich übertrage.

Für baldige Zahlung der Dezembergehälter

Die Bundtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich neuerlich dafür eingesetzt, daß die Dezembergehälter an die Beamtenschaft rechtlich noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen. Sie hat an den Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem es heißt: „Die sächsische Beamtenschaft blickt mit besonderer Sorge dem Weihnachtstfest entgegen. Wenn die rechtlichen Gehaltsstelle für Dezember nicht noch vor dem Feste zur Auszahlung kommen, ist sie nicht in der Lage, Weihnachtst dieses Jahres auch nur das Notwendigste für die Familie zu beschaffen. Daran sind aber auch weite Kreise der Wirtschaft interessiert. Das gekamte Weihnachtsgeld wird erheblich beeinträchtigt, wenn die Kaufkraft der Beamtenschaft verlagert. Wir bitten daher die Regierung, alles einzulegen, um die Auszahlung der Gehaltsbezüge noch vor Weihnachten zu ermöglichen.“

Eine Besetzungsfaffäre bei der Agfa

Berlin, 2. Dez. Die Justizpressestelle teilt mit: Seitens der A. G. Farbenindustrie ist Strafanzeige und Strafantrag gestellt worden zur Prüfung, ob Angehörige der A. G. Farbenindustrie (Mafai) bei der Vergabung von Druckaufträgen unzulässige Zuwendungen angenommen haben. Gegen einen Vermittler von Druckaufträgen der Firma H. S. Preuß und einen Angehörigen der Agfa sind Haftbefehle wegen Verunkeltungsfaffäre und Nichtverbotserlassen worden. Wie hierzu bekannt wird, soll es sich bei diesen Zuwendungen um Beträge von insgesamt ungefährt 500 000 Mark handeln, die in den Jahren 1925 bis 1931 gezahlt worden seien.

Waffenfund bei der „Schwarzen Front“

Berlin, 2. Dez. Auf Grund einer bei der politischen Polizei eingegangenen Mitteilung über das Vorhandensein von Waffen und Sprengstoffanlagen an drei Stellen in und außerhalb Berlins erfolgten polizeiliche Ermittlungen in der Gegend von Tegel. Dort wurden geringe Mengen Sprengstoffe zur Verfügung gebracht. Freilag ließ erfolgt in der Wilhelm- und Zimmerstraße zwei weitere Untersuchungen, wodurch mehrere Handfeuerwaffen, ein

Raubmord in Tegel bei Berlin

Berlin, 2. Dez. Ein Kapitalverbrechen wurde heute in einer Wohnung in Tegel entdeckt. Eine Dienstmagd, die bei dem Generalversicherungsagenten Wessert beschäftigt ist, fand diesen heute früh in seiner Wohnung erschlagen auf. Alle Beschlüsse, Schränke und Schreibtische waren aufgebrochen und durchwühlt. Zwischen dem Mörder und seinem Opfer muß sich ein heftiger Kampf abgepielt haben.

Eterna
Kragen
Festesgaben!!

Elegante Weihnachtspackung 3 Stück Mk. 2.70 in guten Modeschäften!